BERICHTSVORLAGE

			Vorlage-Nr. M 02/0061	
443 - Volkshochschule			Datum: 29.01.2002	
Bearb.	:Herr Hutterer	Tel.: 910	öffentlich	nicht öffentlich
AZ.	:		X	

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Ausschuss für Kultur und Städtepartnerschaften

14.02.2002

Haushaltskonsolidierung FORUM ; hier: Volkshochschule

1. Stadtbildstelle

Auflösung, da Aufgabe des Kreises. Übertragung der Aufgaben an die Stadtbücherei, Gerätebestand an R&O

Die Stadtbildstelle hat sich in den letzten Jahren zu einem landesweiten Modell für ein modernes Medien-Dienstleistungszentrum entwickelt. Ihr Aufgabenspektrum ist nicht mehr mit dem vergleichbar, was ursprünglich dem Konzept der Bildstellen als Pflichtaufgabe der Kreise zu Grunde lag, z.B.

- Service-Funktionen für die Norderstedter Schulen, die ohnehin von der Stadt zu erbringen wären und deshalb an anderer Stelle (z.B. Amt 40) eingespart werden.
- Zentrale Anschaffungs- und Verleihstelle sowie Schulungszentrum für kostenintensive Unterrichtsmedien bzw. -geräte. Damit sollen Mehranschaffungen in städtischen Einrichtungen vermieden und ein effizienter Einsatz der Geräte bzw. Medien gewährleistet sein.
- Träger des vom Land finanzierten Modellprogramms "Bildungsmedien on Demand", mit dem künftig – in Zusammenarbeit mit wilhelm.tel - die Medienversorgung der Schulen online erfolgen kann. Auch hier sind Kosteneinsparungen das Ziel.
- Einweisung und Schulung von Rathausmitarbeiter/innen im Bereich der Videotechnik, für Beamer, Digitalcamera, Bildbearbeitung, Notebook u.a.
- Wichtiger Partner für das geplante IT-Competence-Center (ICN).

Die Leiterin der Stadtbildstelle wird als Landesbeamtin vom Bildungsministerium bezahlt. Die Stadt kann ihre Fachkompetenz dadurch kostenlos nutzen. Bei der Beurteilung des Zuschussbedarfs muss bedacht werden, dass dem relativ geringen jährlichen Zuschussbedarf (Euro 86.100,-- , davon Euro 42.800,-- Verwaltungs-kostenbeitrag) sehr wichtige zukunftsorientierte Standortvorteile im IT-/Mediensektor gegenüber stehen.

Künftig könnten weitere Kosten eingespart werden durch eine Konzentrierung der Anschaffung bei Hardware und Softwarelizenzen für alle Schulen und andere Einrichtungen der Stadt bei der Stadtbildstelle.

2. Einnahmeverbesserung:

Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Dezernent/in
-------------------	---------------------	---------------	---	--------------

Grundentgeltsatz jährlich erhöhen "5-Jahres-Plan" Erhöhung der Mindestteilnehmerzahl pro Kurs

Die Einnahmen aus Teilnehmergebühren bilden neben den Einnahmen aus Firmenschulungen das Grundgerüst der Eigeneinnahmen der Volkshochschulen.

Die Grundgebühr je Unterrichtsstunde ist in den vergangenen Jahren im Rahmen der Beratungen des Kulturausschusses zu den Gebührenbedarfsberechnungen regelmässig angehoben worden.

Da eine solche lineare Anhebung nicht mehr den Verbrauchergewohnheiten und dem gewachsenen Qualitätsbewusstsein in der Öffentlichkeit entspricht, wurde in der Entgeltordnung für berufsorientierte Kurse und sonstige Lehrgänge mit gehobenem Qualitätsanforderung einschliesslich Kleingruppen die Möglichkeit der Kalkulation "nach Aufwand" geschaffen. Dieser Weg einer Kostenrechnung bei Berücksichtigung der Marktlage ("welche Preise sind für dieses Produkt zu erzielen?") sollte künftig konsequent weiter verfolgt werden.

Die Regelung über eine Mindestteilnehmerzahl sollte grundsätzlich wegfallen und durch eine Mischkalkulation ersetzt werden, die auch "Werbepreise" zur Kundengewinnung und Kundenbindung einschliesst und Sicherheit für die Durchführung der Lehrgänge gewährleistet. Eine solchermassen regelmässige Anpassung der Kursgebühren nach Marktlage und Produktqualität ermöglicht die optimale Abschöpfung der für Weiterbildung zur Verfügung stehenden Kaufkraft. Dies gilt auch für die Aqoise von Firmenkunden.

Die Bildungsangebote, die bildungs- bzw. sozialpolitisch gewollt sind und nicht durch Einnahmen gedeckt werden können, müssen in einem eigenen Etat zusammengefasst werden, über den dann gesondert beschlossen wird. (Beispiele: Schulabschlüsse, Arbeitskreise für Behinderte, Gebührenermässigungen).

Fazit: kein verbindlicher 5-Jahresplan, aber regelmässige Erhöhung nach "Marktpreisen", dadurch höhere Einnahmen möglich.
Bessere Kostentransparenz und Steuerungsmöglichkeiten durch Kosten- und Leistungsrechnung
Separates Budget für sozialpolitisch gewollte Leistungen ("non-profit – Bereich"), hierüber Einzelentscheidungen der zuständigen Gremien.

3. Personalstruktur:

Zusammenlegung von Fachbereichen und langfristige Einsparung von Personalkosten

Die Einführung des bundesweiten Marketingkonzeptes für Volkshochschulen führt auch zu einer Neugliederung der Programmbereiche. Die damit zusammen hängenden personellen Zuordnungen werden in den kommenden Wochen intern diskutiert, wobei hier bereits der ab 1.4.2002 tätige neue VHS-Leiter einbezogen werden soll.

Um die personellen Fixkosten zu reduzieren, wird beim Ausscheiden von Mitarbeiter/innen oder Wegfall von Projekten jeweils geprüft, ob das Aufgabengebiet beibehalten bzw. neu verteilt werden soll.

Dabei steht auch die bisherige Aufgabenverteilung zwischen Pädagogischer Fachbereichsleitung und Verwaltung mit den entsprechenden Einstufungen zur Disposition.

Fazit: Fallbezogene Entscheidung zu den Personalkosten unter Berücksichtigung der hiermit zu erzielenden Einnahmen (Nettoüberschuss bzw Unterdeckung)
stärkere Orientierung an Projektorganisation
Erstes Beispiel: Die zum 1.1.2002 frei gewordene halbe Planstelle Fachbereichsleitung kaufmänn. Praxis wird nicht wieder besetzt. Einsparung ca. Euro 30.000,--.

4. Auslastung Fachräume:

Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Dezernent/in
-------------------	---------------------	---------------	---	--------------

Auslastung Fachräume überprüfen: VHS-Küche, Pavillon am Böhmerwald, Umweltlabor, EDV-Räume

Für die VHS-Lehrküche haben sich zwischenzeitlich die Rahmenbedingungen verändert. Der neu eingerichtete Meisterlehrgang Hauswirtschaft benötigt zwingend die professionelle Ausstattung und erbringt entsprechende Einnahmen.

Eine Umwidmung der Lehrküche in Seminarräume würde erhebliche Umbau-/Investitionskosten zur Folge haben, die nicht zur Verfügung stehen.

Um weitere Einnahmen zu erzielen, soll die Lehrküche in den freien Zeiten gegen Gebühr fremd vermietet werden.

Gleiches gilt für den Pavillon am Böhmerwald.

Die EDV-Räume der Volkshochschule sind sehr gut ausgelastet. Vorhandene Freizeiten werden so weit wie möglich an Fremdnutzer, insbesondere Unternehmen, vermietet. Die Ausstattungskosten werden weitgehend über Leasingverträge als laufende Betriebskosten in die Teilnehmergebühren eingerechnet. Im Rahmen der Entwicklung des IT-Competence Centers (ICN) wird das Ausstattungs- und Nutzungskonzept ohnehin überplant.

Fazit: keine nennenswerten Einsparungen möglich, da Kürzung oder Wegfall dieser Infrastruktur Einnahmeausfälle verursachen würde.

5. Schulungen der Stadt:

EDV-Schulungsraum der Stadt in die VHS integrieren Organisation der Bedienstetenschulung der Stadt an die VHS übertragen

Zu beiden Möglichkeiten ist die VHS bereit und bietet ihre Mitarbeit bei der Klärung der damit verbundenen Aufgaben an.

In diesem Fall könnten Ausgaben der Stadt für Mitarbeiterschulung "im Haus" bleiben. Mit der VHS müsste dann ein verbindlicher Dienstleistungsvertrag abgeschlossen werden, in dem die zur Verfügung stehende Summe und der damit zu erbringende Schulungsumfang genau festgehalten sind. Die Zuständigkeit für Mitarbeiterschulungen liegt beim Hauptausschuss.

6. Rechtsform

Änderung der Organisationsform in GmbH/Eigenbetrieb

Auch hier ist die VHS offen für Veränderungen. Eine Entscheidung sollte jedoch nicht isoliert von der Zukunft des FORUM getroffen werden, weil hier als Folge der Verwaltungsreform intensive Vernetzungen geschaffen wurden.

Erweiterte Möglichkeiten eigenwirtschaftlichen Handelns für das "Unternehmen Volkshochschule" würden sich finanziell sicherlich positiv auswirken.

Für den Bereich EDV/IT wird mit der Planung eines IT-Competence Centers in anderer Rechtsform (z.B. GmbH) ein erster Schritt in diese Richtung gemacht.

Zusatz:

Wesentliches strategisches Ziel muss die Stärkung der Eigenfinanzierung der Volkshochschule – insbesondere durch verstärkte Akquisition von Drittmitteln – sein.

Der hierfür erforderliche Aufwand ist insbesondere bei EU-Mitteln sehr gross, wird sich aber mittel- bis langfristig auszahlen. Dies muss bei künftigen Personalentscheidungen unbedingt berücksichtigt werden.

Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Dezernent/in
-------------------	---------------------	---------------	---	--------------

Anlage(n)

Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Dezernent/in
-------------------	---------------------	---------------	---	--------------